

Nerb, Gernot; Stangl, Anna

## Article

# Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert - Ergebnisse des 78. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2002

ifo Schnelldienst

## Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Nerb, Gernot; Stangl, Anna (2002) : Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert - Ergebnisse des 78. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2002, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 55, Iss. 24, pp. 45-57

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/163855>

### Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

### Terms of use:

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Weltwirtschaftsklima hat sich deutlich verschlechtert

Ergebnisse des 78. World Economic Survey (WES) vom Oktober 2002<sup>1</sup>

Gernot Nerb und Anna Stangl\*

Das ifo/ICC Weltwirtschaftsklima hat sich im Oktober wieder verschlechtert, nachdem es Ende 2001 und Anfang 2002 Zeichen der Erholung zeigte. Mit einem Stand von 86,8 Punkten (1995 = 100) ist es jetzt auf einem deutlich niedrigeren Niveau als sein langjähriger Durchschnitt (93,9 für den Zeitraum 1989 bis 2001). Der Rückgang des gesamten Klimaindiktors ergab sich in erster Linie aus den sinkenden Erwartungen für die nächsten sechs Monate. Doch auch die zweite Komponente des Indikators – Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage – fiel im Vergleich zum Juli 2002 schlechter aus. Der schleppende konjunkturelle Erholungsprozess dürfte auf die wachsende geopolitische Instabilität in Folge des weltweiten Terrorismus sowie auf die Kriegsgefahr im Irak zurückzuführen sein.

## Die wichtigsten Ergebnisse in Stichworten

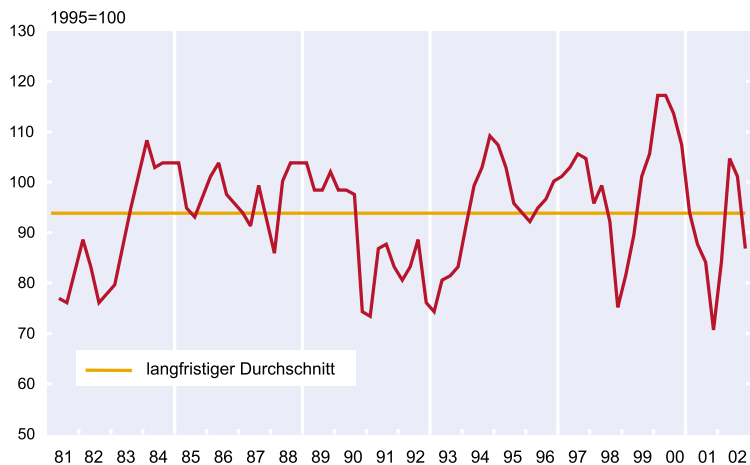
- Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist im Oktober spürbar zurückgegangen.
- Die Erwartungen über die wirtschaftliche Entwicklung in den nächsten sechs Monaten haben sich zwar verschlechtert, blieben dennoch positiv.
- Der Inflationstrend hat sich in 2002 weltweit abgeschwächt.
- Deutlich mehr Experten als in der letzten Umfrage rechnen mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten. Ein auffälliger Umschwung von vorher steigenden auf in nächster Zeit voraussichtlich sinkende kurzfristige Zinsen war besonderes in Westeuropa ausgeprägt. Hinsichtlich der marktbe-

stimmten langfristigen Zinsen wird mit einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau oder einem leichten Anstieg im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet.

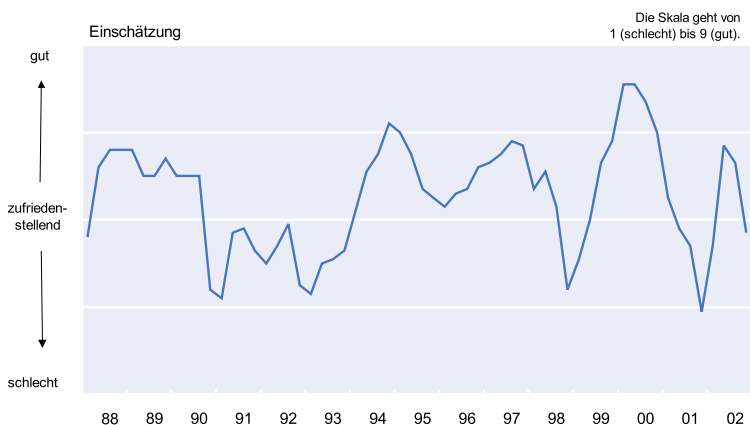
- Eine Abschwächung des US-Dollars ist in Westeuropa, Australien und Neu-

Abb. 1

### Ifo Weltwirtschaftsklima



Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) QIV/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris.



Klima = arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.  
Quelle: Ifo World Economic Survey (WES) QIV/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris.

<sup>1</sup> Im Oktober 2002 hat das ifo Institut zum 78. Mal seine weltweite Umfrage »Ifo World Economic Survey« kurz WES, bei 1 037 Wirtschaftsexperten multinationaler Unternehmen und kompetenter Institutionen in 89 Ländern durchgeführt. Die Aufgabe des WES ist, vierteljährlich ein möglichst aktuelles Bild über die Wirtschaftslage sowie Prognosen für wichtige Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländer zu liefern. Im Gegensatz zur amtlichen Statistik, die in erster Linie auf quantitativen (in Werteinheiten messbaren) Informationen aufbaut, werden beim WES qualitative Informationen – Urteile und Erwartungen von Wirtschaftsexperten – abgefragt. Während amtliche Statistiken auf internationaler Ebene oft nur mit großen Zeitverzögerungen erhältlich sind, zeichnen sich die WES-Umfrageergebnisse durch ihre hohe Aktualität und internationale Vergleichbarkeit aus. Gerade in Ländern, in denen die amtliche Statistik auf einer unsicheren Datenbasis steht, sind die von Wirtschaftsexperten vor Ort abgegebenen Urteile und Erwartungen von besonderer Bedeutung. Die Umfrage wird in Zusammenarbeit mit der Internationalen Handelskammer in Paris und mit finanzieller Unterstützung der Europäischen Kommission durchgeführt.

\* Unter Mitarbeit von Sabine Nill, mit Beiträgen von Wolfgang Nierhaus.

seeland, jedoch nicht in anderen Regionen der Welt wahrscheinlich.

- Die Weltwährungen – US-Dollar, Euro, Pfund Sterling und Yen – sind jetzt viel näher an einem stabilen Gleichgewicht als in den vorausgegangenen Umfragen.

### Weltwirtschaftsklima: starker Rückgang des Klimaindiktors

Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima ist im Oktober spürbar zurückgegangen, nachdem er sich bereits in der vorangegangenen Erhebung etwas verschlechtert hatte. Der zuletzt festgestellte Wert des Wirtschaftsklimas liegt unter dem langjährigen Durchschnitt. Der Fall des Gesamtindikators resultiert vorrangig aus den weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Eintrübung der aktuellen wirtschaftlichen Lage fiel demgegenüber weniger stark aus. Insgesamt liefert das Ergebnis der neuen Weltumfrage noch keine Anzeichen für eine Wiederbelebung der Wachstumsdynamik in der nahen Zukunft (vgl. Abb. 1 und Kasten 1).

Der Investitionsgüterbereich ist von der verzögerten Konjunkturerholung stärker betroffen als der Konsumsektor. Diese Diskrepanz dürfte sich jedoch in den nächsten sechs Monaten etwas verringern, da im Investitionssektor eine schnellere Erholung erwartet wird als im Konsumsektor.

### Asien: Eintrübung des Wirtschaftsklimas aufgrund zurückgegangener Erwartungen

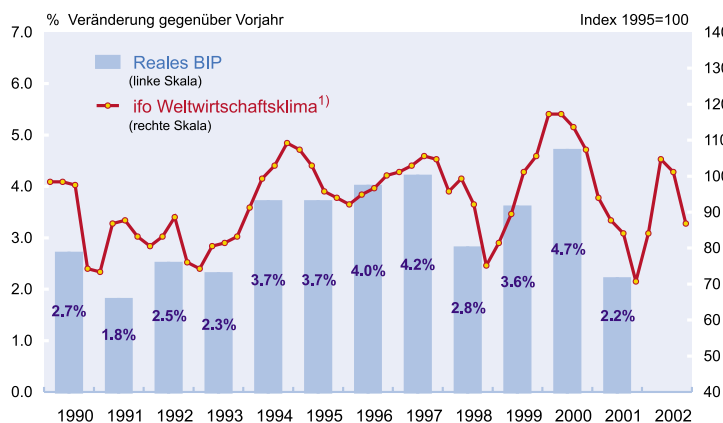
Die wirtschaftliche Lage verschlechterte sich etwas und gilt nun überwiegend als unbefriedigend. Die Erwartungen signalisieren eine Fortsetzung des leichten konjunkturellen Abwärtstrends in den nächsten sechs Monaten (vgl. Abb. 2). Einige Länder in Asien setzen sich jedoch von diesem ungünstigen Trend ab: *China* behält die führende Position hinsichtlich der Einschätzung der aktuellen Wirtschaftslage. Es folgen *Vietnam* und *Indien*, wo sich die im Vorquartal geäußerten positiven Erwartungen somit bewahrt haben; auch für die nächsten sechs Monate zeigen hier die Indikatoren nach oben. Während noch im Juli die aktuelle Wirtschaftslage in Korea am positivsten in der asiatischen Region beurteilt wurde, rechneten die Experten im Oktober mit einer bevorstehenden deutlichen wirtschaftlichen Abkühlung. Die gegenwärtige Wirtschaftslage wurde zwar schlechter als im Vorquartal, jedoch immer noch als zufriedenstellend beurteilt. In Japan hat sich das schon seit längerem düstere Konjunkturbild weiter verdunkelt, und es zeichnet sich auch in den nächsten sechs Monaten keine Aufhellung ab. In *Malaysia*, den *Philippinen* und *Taiwan* hat sich die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage zwar verschlechtert, die Erwartungen der Experten zeigen jedoch ein positives Bild der zukünftigen Entwicklung. In *Thailand* folgte die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage im bisherigen Verlauf des Jahres 2002 einem aufsteigenden Trend, der sich im Oktober jedoch nicht fortsetzte. Auch die Erwartungen trübten sich etwas ein und signalisieren, dass eine weitere Erholung der Konjunkturlage in *Thailand* vorerst auf sich warten lassen wird. In *Singapur* wurde die Wirtschaftslage seitens der Experten als zufriedenstellend beurteilt und soll auch in den folgenden sechs Monaten stabil bleiben. In *Indonesien* dagegen befindet sich die Volkswirtschaft in einer schlechten konjunkturellen Verfassung, und es zeichnet sich auch in den nächsten Monaten keine Erholung ab. In *Hongkong* dagegen verbesserte sich die Beurteilung der aktuellen Wirtschaftslage, und die Erwartungen geben Anlass zur Hoffnung auf bessere Zeiten.

#### Kasten 1 ifo/ICC World Economic Survey (WES) und Wachstum der Weltwirtschaft

Der ifo/ICC Indikator für das Weltwirtschaftsklima hat einen engen Zusammenhang mit dem Wachstum der Weltwirtschaft. Im Oktober ist der Indikator spürbar zurückgegangen, nachdem er sich bereits in der vorangegangenen Erhebung etwas eingetrübt hatte. Der zuletzt festgestellte Wert des Wirtschaftsklimas liegt inzwischen unter dem langjährigen Durchschnitt (vgl. Abb. 1). Die Verschlechterung des Gesamtindikators resultiert vorrangig aus den weniger zuversichtlichen Erwartungen für die nächsten sechs Monate, die Eintrübung der aktuellen wirtschaftlichen Lage fiel demgegenüber weniger stark aus. Insgesamt liefert das Ergebnis der neuen Weltumfrage noch keinen Hinweis auf eine bevorstehende Konjunkturerholung.

Eine Aufschlüsselung nach großen Länderblöcken zeigt, dass sich das Wirtschaftsklima in Westeuropa stärker als in Nordamerika und in Asien verschlechtert hat. Die neuen Umfrage-Ergebnisse sprechen dafür, dass in den nächsten sechs Monaten das Wachstum in Westeuropa hinter dem Weltdurchschnitt zurückbleiben dürfte.

#### Weltkonjunktur und ifo Weltwirtschaftsklima



1) Arithmetisches Mittel der Bewertung der gegenwärtigen Lage und der erwarteten Entwicklung.

Quelle: IMF, Economic Outlook Sept. 2002; ifo World Economic Survey (WES) IVQ/2002 in Zusammenarbeit mit der ICC, Paris..

### Aufschwung in Westeuropa verliert weiter an Dynamik

Der Wirtschaftsklimaindikator in Westeuropa setzt seinen Trend nach unten fort. Die Urteile zur gegenwärtigen wirtschaftlichen Situation haben sich deutlich verschlechtert. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate trübten sich zwar auch etwas ein, blieben dennoch im positiven Bereich (vgl. Abb. 2).

Der negative Trend in der Bewertung der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage setzte sich im Oktober in *Österreich, Frankreich, Deutschland, Italien, den Niederlanden und Portugal* fort. In *Belgien, Spanien, Griechenland* und in der *Schweiz* lagen die Bewertungen im Vorquartal dagegen noch im positiven Bereich und kamen erst im Oktober in die negative Zone. Besser als im europäischen Durchschnitt fielen demgegenüber die Urteile zur aktuellen wirtschaftlichen Lage in *Dänemark und Norwegen* aus. Auch die beiden anderen nord-europäischen Staaten, die nicht der Eurozone angehören – *Großbritannien und Schweden* –, beurteilten die aktuelle Wirtschaftslage als zufriedenstellend. Innerhalb des Euroraums fielen nur in *Irland und Finnland* die Urteile zur aktuellen Wirtschaftslage positiv bzw. befriedigend aus. Die Erwartungen für die nächsten sechs Monate sind im Euroraum dagegen deutlich positiver als in den nicht hierzu gehörenden anderen EU-Mitgliedsländern. Wie sich bereits in der vorangegangenen Erhebung abzeichnete, hat sich die konjunkturelle Verlangsamung mehr in der Investitionstätigkeit als im privaten Konsum niedergeschlagen. Die Investitionstätigkeit dürfte sich jedoch in den nächsten Monaten verstärken. Insbesondere wird nach einem deutlichen Einbruch der Investitionstätigkeit eine Erholung in *Deutschland* und der *Schweiz* erwartet (vgl. auch Kasten 2).

### Das Wirtschaftsklima in Osteuropa bleibt weiterhin stabil

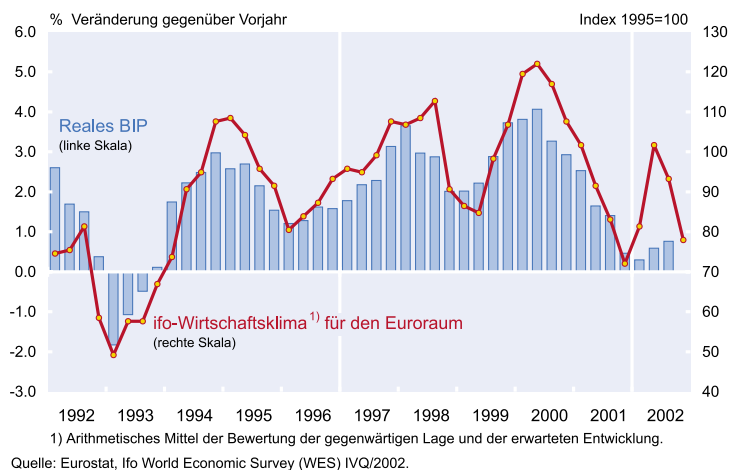
Osteuropa gehört erneut zu den wenigen Regionen, in denen sich die Urteile zur gegenwärtigen Situation leicht verbesserten. Der Optimismus hinsichtlich der wirtschaftlichen Entwicklung in den nächsten sechs Monaten blieb unverändert, was den Wirtschaftsklimaindikator auf ein höheres Niveau als in der letzten Erhebung steigen ließ. Die gegen-

wärtige wirtschaftliche Situation ist weiterhin besonders positiv in den Baltischen Staaten (*Lettland, Estland und Litauen*), in *Slowenien* und *Ungarn*. In der *Slowakei* haben sich sowohl die Einschätzungen der gegenwärtigen Lage als auch die Entwicklung für die nächsten sechs Monate deutlich verbessert. Die wirtschaftliche Genesung setzte sich auch in *Kroatien* fort – der Zustand der Ökonomie wurde im Oktober als nahezu befriedigend bezeichnet. Die Erwartungen weisen auf eine weitere Verbesserung der Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten hin. In der *Tschechischen Republik* dagegen trübte sich das Wirtschaftsklima etwas ein – sowohl die Einschätzungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen haben sich etwas verschlechtert. Auch in *Polen, Rumänien* und *Jugoslawien* bezeichneten die Experten die gegenwärtige Wirtschaftslage überwiegend als unbefriedigend; in den nächsten sechs Monaten zeichnet sich dagegen eine Erholung ab.

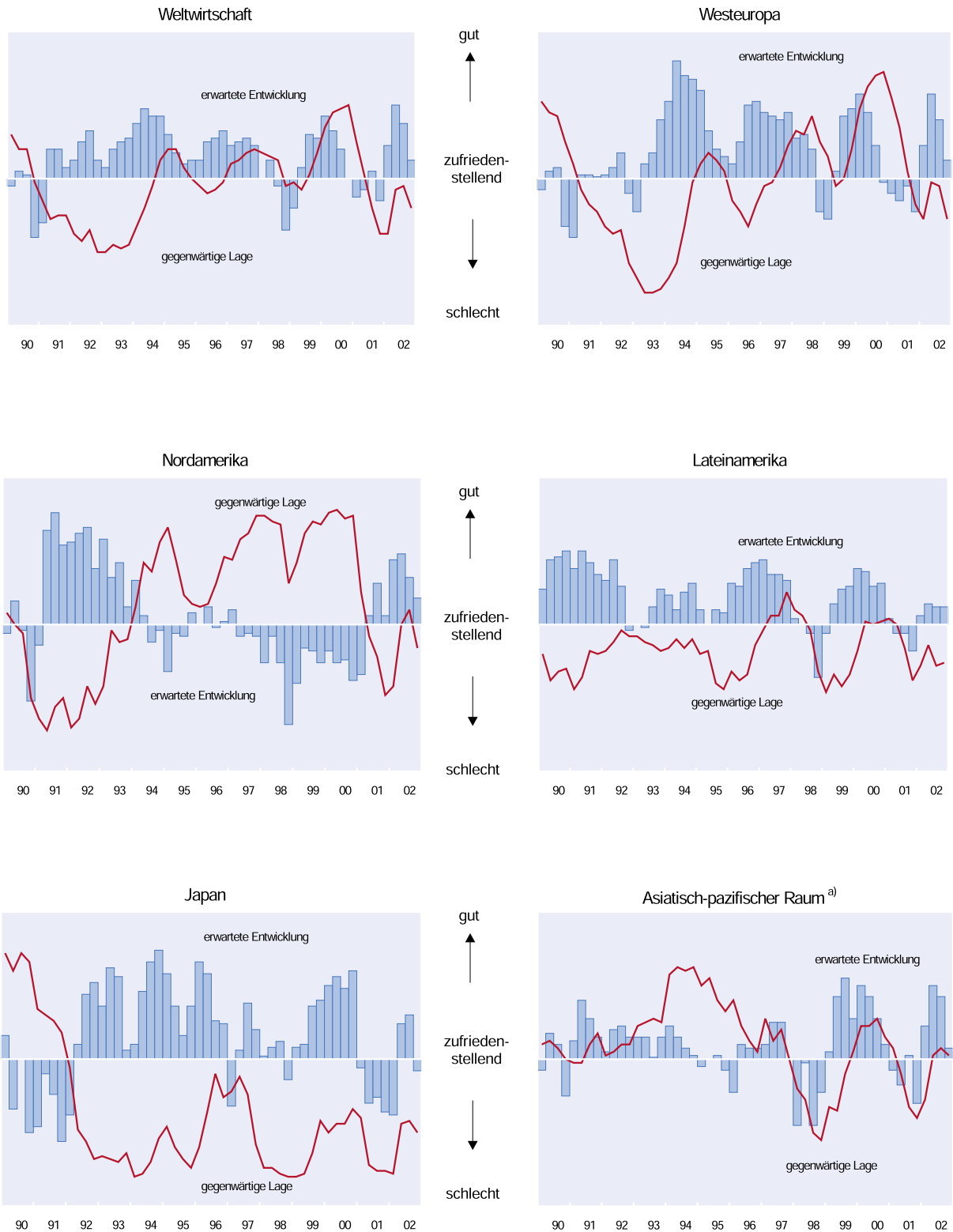
Kasten 2  
ifo/ICC World Economic Survey (WES)  
und Wirtschaftswachstum im Euroraum

Das ifo Wirtschaftsklima für die zwölf Mitgliedsländer des Euroraums ist das arithmetische Mittel aus der Beurteilung zur allgemeinen Wirtschaftslage und den Erwartungen zur Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Die Oktober-Ergebnisse basieren auf den Meldungen von 272 Experten. Der Verlauf des ifo Wirtschaftsklimas korreliert normalerweise eng mit dem Konjunkturverlauf im Euroraum – gemessen an den vierteljährlichen Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts (vgl. Abb.). Der ifo Indikator für das Wirtschaftsklima im Euroraum verlor im Oktober 2002 gegenüber den Umfrageergebnissen vom Juli erheblich an Boden. Der Abstand zum konjunkturellen Tiefpunkt im Herbst letzten Jahres nach den Terroranschlägen in den USA ist deutlich geschumpft, und der Indikator liegt erheblich unter dem langjährigen Durchschnitt. Allerdings ist der Indikator weit von den Rezessionswerten zu Beginn der neunziger Jahre entfernt. Der Rückgang des ifo Euroraum-Indikators resultiert in gleichem Maße aus einer ungünstigeren Einschätzung der gegenwärtigen Wirtschaftslage und weniger günstigen Erwartungen zur Wirtschaftslage in den nächsten sechs Monaten. Allerdings dürfte diese Entwicklung teilweise auch eine Korrektur der – aus heutiger Sicht – übertrieben günstigen Einschätzungen in der ersten Jahreshälfte 2002 darstellen. Die stark abgeschwächten, wenn auch noch leicht positiven Erwartungen deuten in den nächsten Monaten kaum auf eine konjunkturelle Erholung hin.

Wirtschaftswachstum und ifo Wirtschaftsklima für den Euroraum



**Abb. 2**  
Wirtschaftliche Lage



<sup>a)</sup> Australien, Neuseeland, VR China, Hongkong, Indonesien, Korea, Malaysia, Philippinen, Singapur, Taiwan, Thailand, Vietnam.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.

### Experten sind weiterhin optimistisch für die GUS

Das Wirtschaftsklima in *Russland* hat sich aufgrund der gegenüber der vorherigen Erhebung wesentlich optimistischeren Erwartungen verbessert und spiegelt einen insgesamt zufriedenstellenden Zustand der Volkswirtschaft wider. Auch in der *Ukraine* blieben die Urteile zur augenblicklichen wirtschaftlichen Situation und die Aussichten für die nächsten sechs Monate insgesamt positiv. Äußerst erfreuliche Signale kamen auch aus *Kasachstan*, wo die augenblickliche wirtschaftliche Situation auf einem höchst zufriedenstellenden Niveau geblieben ist und auch die Aussichten für die nächsten sechs Monate insgesamt positiv bewertet wurden.

### Erneute Abschwächung des Wirtschaftsklimas in Nordamerika

Die aktuelle wirtschaftliche Situation hat sich in den USA deutlich verschlechtert und rutschte erstmals in diesem Jahr unter die »Befriedigend«-Schwelle. Auch die Erwartungen gingen etwas zurück. Diese Datenkonstellation signalisiert, dass der konjunkturelle Erholungsprozess in den USA sich zunächst verlangsamen wird. Die derzeitige konjunkturelle Schwäche konzentriert sich auf den Investitionsbereich, doch auch der private Verbrauch ist bereits betroffen. Das Exportwachstum wird sich nach Ansicht der befragten Experten in den nächsten sechs Monaten weiter verlangsamen. Mit einer Verbesserung der Handelsbilanz wird daher nicht gerechnet.

Ein wesentlich besseres Bild der konjunkturellen Entwicklung zeichnet sich in *Kanada* ab, obgleich auch dort ein Rückgang des Wirtschaftsklimaindikatoren verzeichnet wurde. Sowohl die Beurteilung der gegenwärtigen Wirtschaftslage als auch die Erwartungen für die nächsten sechs Monate verloren etwas von ihrer bisherigen Dynamik. Insgesamt wird jedoch in Kanada mit einer stabilen wirtschaftlichen Situation auf einem befriedigenden Niveau gerechnet.

### Wirtschaftslage in Lateinamerika bleibt unbefriedigend

Zwischen Juli und Oktober 2002 veränderte sich der Klimaindikator für Lateinamerika kaum (vgl. Abb. 2). In *Brasilien*, *Costa Rica* und *El Salvador* beurteilten die Experten die gegenwärtige wirtschaftliche Situation als befriedigend. Die Erwartungen in diesen Ländern weisen auf eine Stabilisierung der Ökonomien hin. In *Argentinien* gibt es erste Anzeichen für eine Erholung nach der schweren Finanzkrise. Auch wenn die gegenwärtige wirtschaftliche Lage immer noch weit von einem befriedigenden Niveau entfernt ist und auch die Erwartungen eher im stark unterkühlten Bereich bleiben,

folgen die Beurteilungen der Experten insgesamt eher einem aufsteigenden Trend. In *Uruguay*, *Ecuador*, *Paraguay* und *Guatemala* gilt die augenblickliche wirtschaftliche Lage auch weiterhin als unbefriedigend, und eine Verbesserung in den nächsten sechs Monaten scheint nicht in Sicht. In *Mexiko* und *Chile* verschlechterte sich die Wirtschaftslage; die Aussichten blieben aber weiter zuversichtlich.

### Nach kräftigem Aufschwung ist eine Abkühlung in Australien und Neuseeland wahrscheinlich

Der Aufwärtstrend der Konjunktur in *Australien* und *Neuseeland*, welcher bereits Ende 2001 einsetzte, wird sich nach Meinung der Experten in den kommenden sechs Monaten etwas abschwächen. Vor allem zeichnet sich in beiden Ländern eine Verlangsamung im Konsumwachstum ab. Auch rechnen die Experten mit einer Verschlechterung der Handelsbilanz, was nicht zuletzt auf Handelsbarrieren für Exporte zurückzuführen ist. Neben *Mangel an Fachkräften* in Neuseeland und *Arbeitslosigkeit* in Australien zählen *Exporthindernisse* zu den wichtigsten wirtschaftlichen Engpässen in Ozeanien.

### Wirtschaftliche Stabilisierung in Afrika gefährdet

In den meisten afrikanischen Ländern, die in der Umfrage erfasst sind, verharrte die wirtschaftliche Situation auf einem unbefriedigenden Niveau. Günstige Meldungen kamen jedoch aus *Marokko* und *Ghana*. Die aktuelle Wirtschaftslage wurde dort als befriedigend beurteilt. Diese positive Entwicklung dürfte sich auch in den nächsten sechs Monaten fortsetzen. Auch in *Mauritius* und *Tunesien* gaben sich die Experten mit der gegenwärtigen Wirtschaftslage zufrieden, rechneten jedoch mit einer konjunkturellen Eintrübung in den nächsten sechs Monaten. Günstiger als im Durchschnitt Afrikas stellt sich weiter die Lage in *Südafrika* dar. Der Besserungsprozess hat sich hier fortgesetzt, und die wirtschaftliche Lage gilt nun als insgesamt befriedigend.

Ein düsteres Bild über die gegenwärtige Wirtschaftslage und die zukünftige Entwicklung wurde erneut aus Simbabwe gemeldet. Auch in *Algerien* und *Nigeria* hat sich die derzeitige wirtschaftliche Entwicklung weit von einer befriedigenden entfernt. Dies gilt auch für *Ägypten*, wobei jedoch dort nach Ansicht der WES-Experten eine leichte konjunkturelle Besserung in den nächsten sechs Monaten eintreten wird.

### Im Nahen Osten bleiben konjunkturelle Disparitäten bestehen

Insgesamt zog das wirtschaftliche Wachstum im Nahen Osten etwas an, auch wenn ein befriedigendes Niveau im Ok-



tober noch nicht ganz erreicht wurde. Die wirtschaftlichen Erwartungen sind zwar nicht so optimistisch wie in den vorangegangenen drei Erhebungen (im Januar, März und Juni 2002), können im Allgemeinen jedoch als positiv bezeichnet werden. Mit Abstand die günstigsten Meldungen zur aktuellen wirtschaftlichen Lage stammten aus *Jordanien*, gefolgt von den *Vereinigten Arabischen Emiraten*. Die Aussichten für die nächsten sechs Monate zeugen jedoch, wie im Nahen Osten generell, von keiner deutlichen Aufwärtstendenz. In *Bahrain* wird erwartet, dass sich die derzeit insgesamt befriedigende wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten weiterhin verbessert, in *Saudi Arabien* dagegen eher verschlechtert. Auf der anderen Seite erwarten die Experten in der *Türkei*, dass sich die angeschlagene wirtschaftliche Situation in den nächsten Monaten etwas erholen wird. Unbefriedigend bleibt weiterhin die wirtschaftliche Lage im *Iran* und im *Libanon*, eine Besserung scheint hier in den nächsten Monaten nicht in Sicht zu sein.

### Rückgang der kurzfristigen Zinsen wird von mehr Teilnehmern erwartet

Deutlich mehr Experten als in der letzten Umfrage rechnen mit einem Rückgang der kurzfristigen Zinsen in den kommenden sechs Monaten. Ein auffällender Umschwung von vorher steigenden auf in nächster Zeit voraussichtlich sinkende kurzfristige Zinsen konnte in Hongkong, der Türkei und in Westeuropa (ausgenommen Finnland und der Schweiz, wo mit weiteren Zinssteigerungen gerechnet wird) beobachtet werden. Besonders ausgeprägt ist der Zinssenkungsprozess in Osteuropa, ausgenommen die Baltischen Staaten (Estland, Litauen und Lettland) und Ungarn. In Russland und Kasachstan dagegen rechnen die Experten in den nächsten sechs Monaten mit keiner wesentlichen Änderung der kurzfristigen Zinsen. In den asiatischen Staaten überwiegt die Ansicht, dass die kurzfristigen Zinsen leicht gesenkt werden bzw. unverändert bleiben. Die Ausnahmen in der asiatischen Region sind jedoch Malaysia, Vietnam und Korea. Dort wird mit einer Steigung der kurzfristigen Zinsen in den nächsten sechs Monaten gerechnet. Erwartete Zinssenkungen überwiegen auch in den Staaten des Nahen Ostens; nur Israel und die Vereinigten Arabischen Emirate bilden hier mit voraussichtlich steigenden kurzfristigen Zinsen eine Ausnahme. Weltweit gesehen gibt es nur wenige Ausnahmen von dem Trend sinkender Zinsen, so in Australien, Neuseeland, Kanada und Südafrika sowie in den meisten Staaten Lateinamerikas, außer Chile (vgl. Abb. 3).

In Bezug auf die marktbestimmten langfristigen Zinsen wird mit einer Stabilisierung auf dem derzeitigen Niveau oder bestenfalls mit einem leichten Anstieg im Laufe der nächsten sechs Monate gerechnet. Eine etwas stärker ausgeprägte Tendenz zu steigenden langfristigen Zinsen wird in

Nordamerika, Australien und Neuseeland sowie Japan, Korea, Vietnam, Thailand und den meisten Staaten Lateinamerikas (jedoch nicht in Brasilien und Argentinien) erwartet. In Westeuropa dagegen rechnen die Experten nur in Dänemark und Finnland mit einem steigenden Trend der langfristigen Zinsen; in den übrigen europäischen Staaten – wie auch in Russland – werden keine nennenswerten Änderungen des langfristigen Zinsniveaus erwartet. Die osteuropäischen Staaten folgen dagegen überwiegend einem Abwärtstrend der langfristigen Zinsen. Im Nahen Osten rechnen die Experten nur in Israel, Libanon und den Vereinigten Arabischen Emiraten mit steigenden langfristigen Zinsen. In den übrigen Staaten der Region, die an der Umfrage teilnahmen, zeichnen sich nach Ansicht der befragten Experten in den kommenden sechs Monaten eher sinkende Zinsen am langen Ende ab.

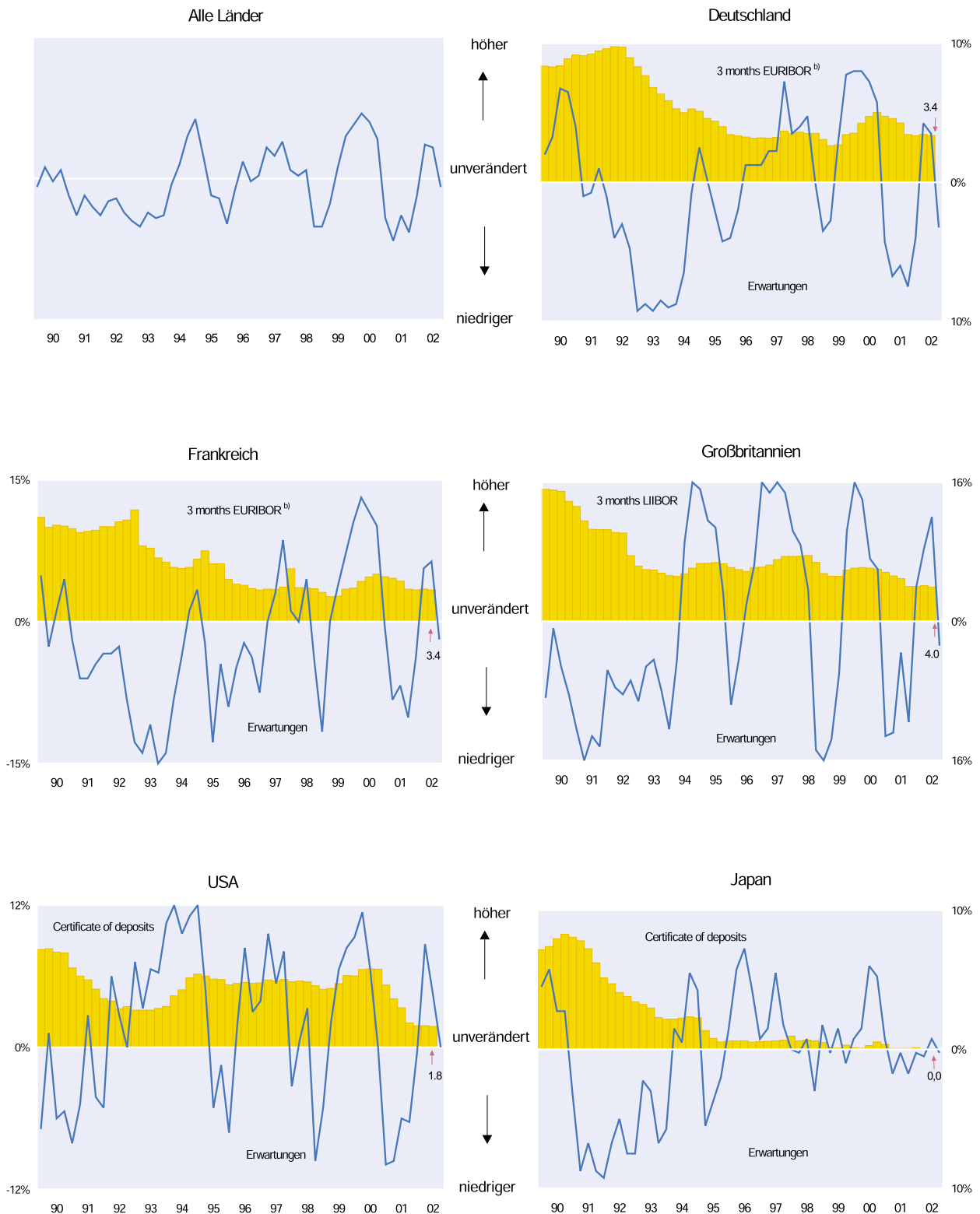
### Die Weltwährungen nähern sich einem stabilen Gleichgewicht

Im Durchschnitt aller 89 teilnehmenden Länder wird der US-Dollar und das britische Pfund Sterling nach wie vor als überbewertet angesehen, aber der US-Dollar zu einem geringeren Grad als in der vorherigen Umfrage. Auf der anderen Seite haben der Yen und der Euro, der lange Zeit als unterbewertet galt, ein als angemessen empfundenes Niveau erreicht (vgl. Abb. 4).

In Westeuropa, Kanada und Australien wird der US-Dollar im Vergleich zu den eigenen Währungen als überbewertet angesehen. Experten in Russland und Osteuropa betrachten die vier untersuchten Weltwährungen (US-Dollar, Euro, Pfund Sterling, Yen) gegenüber ihren nationalen Währungen in etwa als fair bewertet. Die Ausnahmen bilden jedoch Polen, Litauen, Slowenien und Slowakei. In diesen Ländern gilt der US-Dollar als klar überbewertet gegenüber den Nationalwährungen. In Lateinamerika bewerten die Experten den US-Dollar, den Euro und den Yen auch in etwa als fair gegenüber den Landeswährungen. Ausnahmen hiervon sind die brasilianische, chilenische und die bolivianische Währungen, die nach erfolgter starker Abwertung mittlerweile als unterbewertet angesehen werden. Im Gegensatz dazu sind die Landeswährungen von Mexiko, Guatemala, Costa Rica und in einem geringeren Ausmaß von Peru überbewertet im Vergleich zu den vier untersuchten Weltwährungen. Die südafrikanische Landeswährung erscheint nach dem Urteil der WES-Experten gegenüber den Weltwährungen als unterbewertet.

Unabhängig von den unterschiedlichen Einschätzungen der aktuellen Währungsrelationen wird der US-Dollar nach wie vor im Laufe der kommenden sechs Monate auf unverändertem oder sogar höherem Niveau gesehen. Dies betrifft erneut alle Regionen der Welt, ausgenommen Westeuropa

**Abb. 3**  
**Kurzfristige Zinsen**  
 – Aktuelle Zinssätze<sup>a)</sup> und Erwartungen für die nächsten sechs Monate –



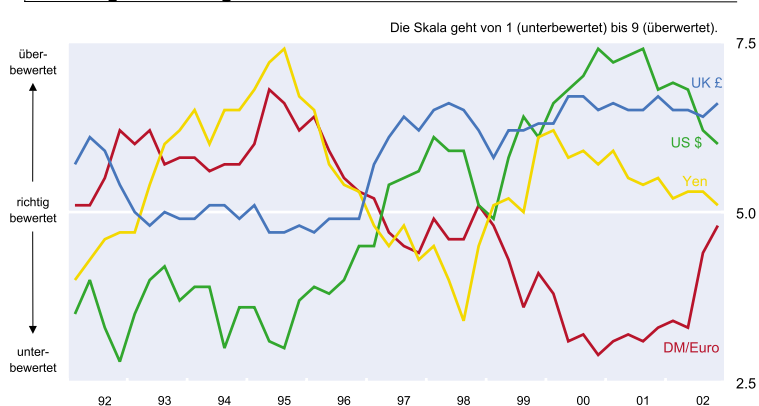
<sup>a)</sup> Quartalswerte. <sup>b)</sup> Seit Q1/2001 EURIBOR. Vorher FIBOR in Deutschland und PIBOR in Frankreich.

Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.



Abb. 4

## Währungsbeurteilung



Quelle: Ifo World Economic Survey Q4/2002.

und einige osteuropäische Staaten (Bulgarien und Litauen), Kanada, Brasilien und Chile, Australien und Neuseeland sowie einige Staaten der asiatischen Region (Hongkong, Malaysia, Pakistan). In Japan, wo WES-Experten in der vorletzten Umfrage erwartet hatten, dass der US-Dollar gegenüber dem Yen zulegen würde, hat sich seit der letzten Umfrage der Ausblick für die kommenden sechs Monate zugunsten einer wahrscheinlichen Stabilisierung des Yen/US-Dollar Wechselkurses gewandelt.

### Inflationstrend wird sich weltweit abschwächen

Im weltweiten Durchschnitt wird nach der jüngsten Erhebung in 2002 mit einem Anstieg der Konsumentenpreise von 3,2% gerechnet. In der entsprechenden Erhebung vom Oktober 2001 rechneten die WES-Experten noch mit einem Anstieg der Konsumentenpreise von 3,6%.

In Westeuropa zeichnet sich eine Inflationsrate von 2,2% für das Jahr 2002 ab. Die Europäische Zentralbank (EZB) hat das Inflationslimit auf höchstens 2% gesetzt, was bei Fortsetzung der gegenwärtigen Abschwächungstendenz im nächsten Jahr durchaus erreichbar zu sein scheint. Es muss jedoch betont werden, dass die Unterschiede zwischen den einzelnen europäischen Staaten relativ groß sind. WES-Experten in etwa der Hälfte der Euroländer (Österreich, Belgien, Finnland, Frankreich, Luxemburg und Deutschland) gehen davon aus, dass die 2%-Grenze in 2002 nicht überschritten wird, während die WES-Experten in den übrigen Eurostaaten (Griechenland, Irland, Niederlande, Portugal und Spanien) von einem Anstieg der Konsumentenpreise von mehr als 3% ausgehen.

In den USA liegt die voraussichtliche Inflationsrate für 2002 mit 2,2% etwas höher als nach der Schätzung vom Juli (2,1%), jedoch immer noch innerhalb des von der Fed bestimmten Rahmens von etwa 2,5%.

Asien demonstriert erneut mit 1,1% den bei weitem höchsten Grad an Preisstabilität (im Vergleich zum Vorjahreswert des Oktober 2001 von 1,6%). Die Ergebnisse signalisieren jedoch, dass Inflationsraten nahe null zu dem deflatorischen Prozess führen können, wie dies schon seit längerem der Fall in Japan (-0,8%) und Hongkong (-2,1%) ist. Auch China und Taiwan scheinen mit 0,7% in Gefahr zu sein, in einen deflatorischen Prozess zu geraten.

Auch in anderen Teilen der Welt ist mit einer Abschwächung der Inflation zu rechnen, allerdings ausgehend von einem etwas höheren Niveau. So sank in Osteuropa die für 2002 erwartete Inflationsrate von einem Juli-Wert von 5,9% auf nunmehr 5,3%. Staaten mit relativ hohen Inflationsraten sind weiterhin Jugoslawien (17,3%) und Rumänien (21,2%), wobei sich der Trend auch hier etwas abzuschwächen scheint.

Einige Ausnahmen von dem insgesamt fallenden Inflationstrend finden sich in Lateinamerika; hier ist vor allem Uruguay (Steigerung von erwarteten 20% im Juli auf 26,6% im Oktober) und Paraguay (von 10,3 auf 15%) zu nennen. In anderen lateinamerikanischen Staaten (Bolivien, Brasilien, El Salvador und Venezuela) kam es zu einer geringen Steigerung der Konsumentenpreise im Vergleich zu den Juli-Schätzungen. Die Inflationsrate in Argentinien ist mit 62,3% zwar immer noch sehr hoch, scheint sich jedoch im Vergleich zu Juli (87,5%) bereits abzuschwächen.

Die Veränderungsrate der Konsumentenpreise hat sich seit der letzten Erhebung in Afrika nicht bedeutend verändert und liegt für das Jahr 2002 bei etwa 11,9%. Ein nach oben gerichteter Preistrend wurde mit 9,5% im Oktober für Südafrika berichtet. Die Situation in Simbabwe spitzt sich weiter zu; es wird eine Inflationsrate von etwa 136% für das Jahr 2002 erwartet (vgl. Tab. 1).

### Wachstumsaussichten des BIP für die nächsten drei bis fünf Jahre sind mit 2,7% zuversichtlicher als im letzten Jahr

Verglichen mit den vorangegangenen Ergebnissen dieser nur einmal im Jahr gestellten Frage nach den mittelfristigen Wachstumsperspektiven erwarten die befragten Experten ein etwas stärkeres Wachstum für die nächsten drei bis fünf Jahre als im Jahr zuvor (2,5% p.a. im Oktober 2001). In Asien (3,5%), in Neuseeland (3,5%) und Nordamerika (2,7%) sind die mittelfristigen Wachstumsaussichten etwas günstiger als im Oktober letzten Jahres.

**Tab. 1**  
**Inflationserwartungen der WES-Teilnehmer für 2002\***  
**und Wachstumserwartungen des BIP für die nächsten drei bis fünf Jahre in %**  
 (WES Oktober 2002 und Oktober 2001)

	Inflation	BIP			Inflation	BIP	
		2001	2002			2001	2002
<b>Durchschnitt von 89 Ländern</b>	<b>3,2</b>	<b>2,5</b>	<b>2,7</b>	<b>MITTEL- UND LATEIN-AMERIKA</b>	<b>12,5</b>	<b>3,0</b>	<b>2,3</b>
EU Mitglieder	2,2	2,2	2,0	Argentinien	62,3	1,8	0,2
Euroraum	2,2	2,2	2,0	Bolivien	4,8	0,4	2,1
<b>WESTEUROPA</b>	<b>2,2</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>	Brasilien	8,6	2,9	2,9
Belgien	1,7	2,1	2,1	Chile	2,9	3,7	3,5
Zypern	3,3	-	3,8	Costa Rica	10,3	2,3	2,6
Dänemark	2,1	2,3	2,1	Ecuador	11,4	4,4	3,5
Deutschland	1,5	2,2	1,5	El Salvador	2,8	2,8	2,6
Finnland	1,7	4,0	3,2	Guatemala	-	0,0	1,5
Frankreich	1,9	2,1	2,3	Kolumbien	6,4	2,1	2,0
Griechenland	3,5	4,0	3,4	Mexiko	5,2	3,6	2,7
Irland	4,6	2,9	3,5	Panama	1,3	1,5	2,1
Island	-	0,0	1,5	Paraguay	15,0	1,5	1,0
Italien	2,4	1,6	1,9	Peru	2,5	3,4	3,0
Luxemburg	2,0	-	1,5	Trinidad u. Tobago	-	-	3,8
Niederlande	3,4	2,3	1,9	Uruguay	26,6	0,0	0,0
Norwegen	1,7	3,5	2,8	Venezuela	34,5	2,1	-0,8
Österreich	1,9	1,8	2,0	<b>ASIEN</b>	<b>1,1</b>	<b>2,5</b>	<b>3,5</b>
Portugal	3,4	2,2	1,7	Bangladesch	3,0	4,0	3,8
Schweden	2,2	1,9	2,0	China V.R.	0,7	6,6	6,8
Spanien	3,4	2,9	2,9	Hongkong	-2,1	2,6	2,5
Schweiz	0,8	1,6	1,5	Indien	4,7	4,9	5,3
Vereinigtes Königreich	2,1	1,9	2,1	Indonesien	10,8	3,8	3,4
<b>MITTEL- UND OSTEUROPA</b>	<b>5,3</b>	<b>3,8</b>	<b>3,5</b>	Japan	-0,8	0,2	0,9
Bosnien-Herzegowina	2,0	4,0	3,8	Korea	3,3	3,3	4,6
Bulgarien	5,6	3,5	3,5	Malaysia	2,1	3,0	4,5
Estland	3,8	4,5	5,6	Pakistan	5,9	4,0	3,8
Jugoslawien	17,3	3,2	3,4	Philippinen	4,5	3,3	3,8
Kroatien	3,9	4,1	4,0	Singapur	1,0	1,7	4,3
Lettland	3,0	6,0	4,7	Sri Lanka	10,8	2,8	3,0
Litauen	0,6	4,0	4,3	Taiwan	0,7	1,4	2,4
Polen	2,3	3,6	3,4	Thailand	1,5	1,6	3,5
Rumänien	21,2	3,6	3,9	Vietnam	3,6	5,5	6,2
Slowakei	4,8	4,0	3,8	<b>NAHER OSTEN</b>	<b>10,7</b>	<b>3,3</b>	<b>3,1</b>
Slowenien	7,0	4,0	3,4	Bahrain	1,5	4,0	3,8
Tschechische Republik	2,6	3,2	3,0	Iran	22,5	4,0	3,7
Ungarn	5,6	4,2	3,6	Israel	6,1	3,4	1,9
<b>GUS</b>	<b>14,4</b>	<b>4,5</b>	<b>3,8</b>	Jordan	3,0	-	4,9
Kasachstan	7,0	4,0	4,5	Libanon	3,8	1,5	1,5
Russland	16,7	4,7	4,0	Saudi Arabien	1,5	2,4	1,5
Ukraine	5,4	4,0	3,3	Türkei	37,9	3,4	4,2
Usbekistan	-	-	1,5	Vereinigte Arabische Emirate	2,5	4,1	4,2
<b>NORDAMERIKA</b>	<b>2,2</b>	<b>2,4</b>	<b>2,7</b>	<b>AFRIKA</b>	<b>11,9</b>	<b>3,7</b>	<b>3,3</b>
Kanada	2,3	3,0	3,3	Ägypten	3,5	4,4	3,5
Vereinigte Staaten	2,2	2,2	2,5	Algerien	5,0	-	3,8
<b>OZEANIEN</b>	<b>3,1</b>	<b>3,3</b>	<b>3,5</b>	Ghana	10,0	-	6,0
Australien	3,2	3,5	3,5	Kenia	5,0	0,8	0,9
Neuseeland	2,6	2,5	3,3	Mauritius	6,0	-	3,8
				Marokko	2,0	6,0	3,8
				Nigeria	15,5	2,8	4,3
				Simbabwe	135,8	-3,5	-4,5
				Südafrika	9,5	3,4	3,4
				Tunesien	3,0	5,0	2,6

<sup>1</sup> EU-Mitglieder ohne Dänemark, Schweden und Vereinigtes Königreich

Quelle: ifo World Economic Survey Q4/2002.

China, Indien und Vietnam folgen mit Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von mehr als 5% einem Aufwärtstrend und verbleiben in der Führungsposition unter den asi-

atischen Staaten. Auch in Korea, Malaysia und Singapur erwarten die Experten Wachstumsraten des BIP von etwa 4% p.a., d.h. höhere Raten als im letzten Jahr. Auch in Ja-

**Tab. 2**  
**Rangfolge der wichtigsten wirtschaftlichen Probleme**

Problem	Durchschnitt aller Länder	Westeuropa	Nordamerika	Ozeanien	Osteuropa	GUS	Lateinamerika	Afrika	Asien	Naher Osten
Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik	4,9 =	4,3 =	4,5 ++	2,6 =	4,6 =	5,1 =	6,9 ++	6,0 ++	5,7 =	5,1 =
Unzulängliche Nachfrage	5,4 =	5,8 +	5,3 +	3,3 =	4,6 =	4,0 -	5,7 =	3,7 =	5,4 =	3,5 =
Arbeitslosigkeit	5,4 =	5,7 =	4,0 =	4,3 =	6,0 =	2,9 =	7,1 =	7,3 =	5,6 =	5,8 =
Inflation	2,6 =	2,8 =	2,0 =	2,8 =	3,4 =	2,6 ..	3,8 =	4,7 =	2,2 =	3,8 =
Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit	4,2 =	4,5 =	2,9 =	4,1 =	5,6 =	7,4 =	5,2 =	5,4 =	4,0 =	3,8 =
Handelsbeschränkungen für Exporte	2,4 =	1,8 =	3,0 =	5,0 =	2,9 =	5,1 =	3,2 =	2,8 =	2,4 =	2,7 =
Mangel an qualifizierten Arbeitskräften	3,0 =	3,1 -	2,2 =	3,6 =	2,8 =	3,2 =	4,1 =	5,4 =	3,0 =	3,7 =
Öffentliche Defizite	4,2 =	4,4 =	2,9 =	3,1 +	5,7 =	2,9 =	6,1 =	5,0 =	4,3 =	5,3 =
Schulden gegenüber dem Ausland	2,4 =	1,8 =	2,6 =	4,1 =	4,1 =	5,1 =	4,7 =	4,1 =	2,0 =	3,3 =
Kapitalknappheit	3,0 =	2,5 =	2,8 =	3,0 =	5,5 =	5,8 ..	5,5 =	4,8 =	2,8 =	3,6 =

**Erläuterungen:**

1) Die zwei wichtigsten Probleme sind fett markiert

2) WES-Skala

9: sehr wichtig

5: wichtig

1: nicht so wichtig

3) Veränderungen der Rangfolge im Vergleich zur vorhergehenden Umfrage:

= . unverändert (+/- ein Punkt)

+ . wichtiger (mehr als 1 Punkt)

++ . viel wichtiger (mehr als 1,5 Punkte)

- . weniger wichtig (weniger als 1 Punkt)

.. . bedeutend weniger wichtig (weniger als 1,5 Punkte)

Quelle: ifo World Economic Survey Q4/2002.

pan sind die befragten Experten diesmal deutlich zuversichtlicher (0,9 gegenüber 0,2% in der Oktober-Erhebung 2001). Wachstumsraten deutlich über dem Weltdurchschnitt werden in den GUS-Staaten (etwa 3,8%) erwartet. Aber auch einige osteuropäische Länder gehören zur Gruppe der voraussichtlich am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften (zwischen 3% für Tschechien und 5,6% für Estland). Unter dem Weltdurchschnitt liegen die erwarteten mittelfristigen Wachstumsraten einiger lateinamerikanischer Staaten, insbesondere in Argentinien (0,2%) und in Venezuela (-0,8%).

Das mittelfristige Wachstum in Westeuropa wird voraussichtlich bei etwa 2% p.a. liegen, was deutlich unter dem Weltdurchschnitt ist. Zwischen den einzelnen europäischen Ländern bestehen jedoch deutliche Unterschiede hinsichtlich des erwarteten BIP-Wachstums. In Irland, Finnland und Griechenland erwarten die Experten Wachstumsraten von mehr als 3%, wohingegen in Deutschland, in der Schweiz, Portugal und Island nur Wachstumsraten von deutlich unter 2% erwartet werden (vgl. Tab. 1).

### Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik gewinnt weltweit an Bedeutung

*Misstrauen in die Regierungspolitik* hat weltweit zugenommen. In Lateinamerika und Afrika rangiert der *Mangel an Vertrauen in die Regierungspolitik* nach *Arbeitslosigkeit* an zweiter Stelle. Nur in Osteuropa, im Nahen Osten sowie in Australien und Neuseeland wurde kein zunehmendes *Misstrauen in die Regierungspolitik* konstatiert.

In den USA wurde *unzureichende Nachfrage* an erster Stelle beklagt. Bemerkenswert ist jedoch, dass das *Misstrauen in die Regierungspolitik* in den USA im Vergleich zum April 2002 deutlich zugenommen hat.

*Arbeitslosigkeit* bleibt jedoch das zentrale Problem in den meisten Regionen der Erde, so in Osteuropa, Lateinamerika, Afrika und im Nahen Osten. Das Problem der *Arbeitslosigkeit* rangiert in Westeuropa nach der *unzulänglichen Nachfrage* und in Australien und Neuseeland nach *Handelsbeschränkungen für Exporte* an zweiter Stelle. In Russland wird *Mangel an internationaler Wettbewerbsfähigkeit* als das wichtigste wirtschaftliche Problem gesehen. In der Ukraine dagegen ist das *Misstrauen in die Regierungspolitik* das wichtigste Problem, gefolgt von *öffentlichen Defiziten*, die das erstgenannte Problem möglicherweise hervorgerufen haben. Innerhalb der osteuropäischen Staaten rangierte die *Arbeitslosigkeit* an erster Stelle, die Ausnahmen waren jedoch die EU-Beitrittskandidaten Tschechien, Estland, Ungarn und Lettland. So nannten z.B. in Estland die Experten den *Mangel an qualifizierten Arbeitskräften* als das wichtigste Problem der Wirtschaft.

In der Mehrzahl lateinamerikanischer Staaten bleibt die zu beklagende *Arbeitslosigkeit* dominierend, wobei jedoch das *Misstrauen in die Regierungspolitik* nach Meinungen der Experten stark zugenommen hat. Die Daten für Lateinamerika liefern jedoch ein sehr heterogenes Bild. In Brasilien werden z.B. *öffentliche Defizite* und *Auslandsverschuldung* als die größten Problembereiche der Volkswirtschaft angesehen. In Chile, Kolumbien und Uruguay kommt dagegen der *Arbeitslosigkeit* und der *unzureichenden Nachfrage* die Spitzenpositionen zu.

In Asien, ähnlich wie in Lateinamerika, differieren die Probleme von Land zu Land: in China ist *Arbeitslosigkeit* das wichtigste Problem, in Japan *unzureichende Nachfrage* und *mangelndes Vertrauen in die Regierungspolitik*, in Indien *öffentliche Defizite* (vgl. Tab. 2).

### Sonderfrage: Verbesserung der Bilanzierungsstandards – die Nachwirkungen des Enron Skandals

In Kooperation mit der Internationalen Handelskammer in Paris (ICC) wurde bereits in der Umfrage vom April 2002 das Thema zu internationalen Bilanzierungsstandards behandelt. In der Oktober-Umfrage folgte ein zusätzlicher Fragenkomplex zu möglichen Wegen der Umsetzung höherer Standards für die betriebliche Rechnungslegung. Etwa vor einem Jahr, im Dezember 2001, meldete bekanntlich einer der größten US-Energiehändler *Enron* Insolvenz in Folge von Bilanzmanipulationen an, ähnliche Skandale folgten. In diesem Zusammenhang hat an den Finanzmärkten, in den Unternehmen und in der breiteren Öffentlichkeit vor allem der Begriff des *Corporate Governance* Verbreitung gefunden. Die Hauptpunkte des *Corporate Governance* beinhalten Transparenz, Fairness und eine effektive Kontrolle des Managements durch den Aufsichtsrat – im Grunde all die Regeln, die zwischen den Eigentümern bzw. Aktionären eines Unternehmens und jenen gelten, die in ihrem Auftrag arbeiten. Zwar haben viele Aktionäre im letzten Jahr finanzielle Einbußen erlitten, doch die intensive Diskussion über *Corporate Governance* hat ihre Stellung ohne Zweifel gestärkt. Zunehmend bevorzugen die Investoren Unternehmen mit guten Noten in Bezug auf *Corporate Governance*. Der Druck der Aktienmärkte auf die Geschäftsleitung hat sich zwar somit erhöht, ist jedoch nicht mehr bloß auf kurzfristiges Wachstum und raschen Gewinn ausgerichtet. Daher sind seit der jüngeren Vergangenheit die Öffentlichkeit und Politik, die Aktionäre und Finanzfachleute stärker darum bemüht, klare Leitsätze und Regeln zu entwickeln, mit denen laschen Bilanzierungspraktiken vorgebeugt werden kann. Die Sonderfrage behandelt Ansätze zur Verbesserung der Unternehmensführung und Belebung des Vertrauens in Unternehmen und Märkte.

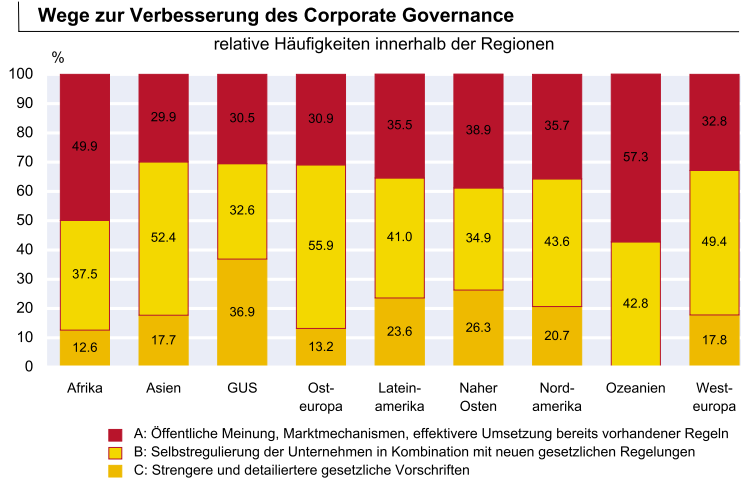
Tab. 3  
Wege zur Verbesserung der Bilanzierungsstandards - die Nachwirkungen des Enron Skandals

	Gesamt			Gesamt			Gesamt			Gesamt		
	A	B	C	A	B	C	A	B	C	A	B	C
Westeuropa	90	141	47	278	36	39	31	106	11	19	8	38
Belgien	7	7	3	17	0	3	3	8	1	1	1	2
Zypern	0	2	0	2	0	1	3	3	1	2	0	3
Dänemark	2	3	3	8	7	6	2	15	2	1	1	4
Deutschland	20	29	9	58	3	4	1	8	0	2	0	2
Finnland	9	12	1	22	0	2	1	3	0	1	1	2
Frankreich	4	11	3	18	1	3	2	6	0	0	1	2
Griechenland	2	6	1	9	2	0	0	2	1	0	1	2
Irland	3	4	1	8	0	1	0	1	4	10	2	16
Island	0	0	1	1	2	4	2	8	2	2	1	5
Italien	5	6	5	16	5	5	3	13	2	2	1	5
Luxemburg	0	1	0	1	2	0	2	4	21	19	5	45
Niederlande	4	6	3	13	0	0	2	2	2	2	0	4
Norwegen	3	5	1	9	8	7	8	23	2	0	0	2
Österreich	4	5	6	15	0	1	0	1	2	4	0	6
Portugal	5	5	2	12	3	0	1	4	1	0	0	1
Schweden	6	5	1	12	1	2	2	5	0	0	1	1
Schweiz	4	8	1	13	1	2	2	5	0	1	1	2
Spanien	3	17	4	24	33	56	23	112	7	4	1	12
Vereinigtes Königreich	9	9	2	20	1	0	0	1	5	8	2	15
Nordamerika	16	20	10	46	1	3	1	6	1	0	1	2
Kanada	4	8	4	14	2	3	3	9	7	4	3	18
USA	12	14	6	32	3	1	2	6	37	62	4	12
GUS	5	4	5	14	8	15	1	24	3	4	3	10
Kasachstan	1	0	1	2	3	3	3	9	0	2	0	2
Russland	2	3	3	8	2	2	4	8	2	4	0	6
Ukraine	2	1	1	4	3	5	3	11	2	3	0	5
Ozeanien	7	7	0	14	0	5	1	6	2	5	2	9
Australien	3	2	0	5	1	2	1	4	7	10	0	17
Neuseeland	4	5	0	9	2	6	2	10	2	6	1	9
Mittel- und Osteuropa												
Bulgarien									6	4	2	12
Kroatien									3	4	3	10
Estland									0	2	0	2
Jugoslawien									2	4	0	6
Lettland									2	3	0	5
Litauen									2	5	2	9
Polen									7	10	0	17
Rumänien									2	6	1	9
Slowakei									2	5	4	11
Slowenien									3	3	1	7
Tschechische Republik									6	6	2	14
Ungarn									2	10	3	15

\* Absolute Häufigkeiten innerhalb der Länder bzw. Regionen

Quelle: ifo World Economic Survey 04/2002.

Abb. 5



Weltweit fordert die Mehrheit der Befragten (etwa 47,7%), dass sowohl zusätzliche Bilanzierungsstandards als auch strengere Handhabung selbstverpflichtender Verhaltenskodizes in den Unternehmen (*Corporate Governance*) zur Verbesserung der Finanzberichte notwendig sind. Etwa 33,5% der Experten meinten, dass die Institutionen öffentlicher Meinung, die Marktmechanismen sowie eine bessere Umsetzung bereits vorhandener Regulierungen am ehesten einen Mentalitäts- und Kulturwandel in den Chefetagen bewirken können. Und nur 18,8% der befragten Experten weltweit meinten, dass stärkere staatliche Kontrolle bzw. eine Reform der Bilanzierungsvorschriften notwendig sei.

Durchschnittswerte über die Welt haben natürlich nur eine begrenzte Aussagekraft. Nach Meinung einiger WES-Experten kommt es auf die spezifische Situation im Land an, welcher Ansatz am vielversprechendsten erscheint. Falls ein Land bereits über ein ausgebautes Rechts- und Buchhaltungssystem sowie eine vertrauenswürdige Regierung verfügt, dann kommt den Institutionen öffentlicher Meinung die tragende Rolle zu, mehr Transparenz und höhere moralische Standards der Unternehmensführung zu bewirken. Dies würde vor allem die Industriestaaten betreffen, wo die meisten Bilanzskandale von Journalisten oder privatwirtschaftlichen Institutionen aufgedeckt wurden. Wenn jedoch der rechtliche Rahmen für eine detaillierte und zuverlässige Buchhaltung und Bilanzierung in einem Land noch nicht vorhanden ist, dann ist als erstes die Regierung gefordert, klare Regelungen zur Rechnungslegung zu formulieren. Aufgrund dieser Überlegungen sind in der Tabelle 3 die Antworthäufigkeiten für die jeweiligen Länder mit ihren absoluten Zahlen aufgezeigt. Darüber hinaus sind die Ergebnisse auch in der gewohnten Form für die jeweiligen Regionen in aggregierter Weise dargestellt, wobei die Länder gewichtet mit ihrem Welthandelsanteil in die jeweiligen Regionen eingehen (vgl. Abb. 5).